

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morznusgabe angeschlossen. Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

Proletarische Einheitsfront in Fürth.

Die ganze kommunistische Rathausfraktion zur SPD. übergetreten.

Nürnberg, 6. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Sozialdemokratische Partei in Nürnberg und in Fürth ist dieser Tage in eine Werbeaktion eingetreten. Sie hat bisher einen bemerkenswerten Erfolg zu verzeichnen; denn die kommunistische Rathausfraktion von Fürth gibt heute im Nürnberger Parteiblatt folgende Erklärung der Öffentlichkeit bekannt:

„Die politischen Verhältnisse in Deutschland wirken sich immer ungünstiger für die Lage der Arbeiterschaft aus. Dem kann nur begegnet werden durch eine einige machtvolle Arbeiterpartei. Nach den bisherigen Erfahrungen kann dieses Ziel die kommunistische Partei nicht erreichen. Die Haltung der kommunistischen Partei und die dort um sich greifende Zersplitterung macht sich immer nachteiliger für die gewerkschaftlichen Organisationen und damit für die Arbeiter selbst geltend.

In der klaren Erkenntnis, daß die Sozialdemokratische Partei allein noch die Möglichkeit zu einer Zusammenfassung der Arbeiterschaft und zur wirksamen Bekämpfung der Reaktion bietet, erklären die Unterzeichneten ihren Uebertritt zu dieser Partei. Getreu ihrem Grundsatz, nur den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu dienen, sind sie, soweit sie dem Fürther Stadtrat angehören, davon überzeugt, mit diesem Schritt auch im Sinne ihrer Wähler zu handeln. An ihre bisherigen Gefinnungsfreunde und Genossen rufen die Unterzeichneten das Ersuchen, ihrem Beispiel zu folgen und durch Beitritt zur Sozialdemokratischen Partei die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft herzustellen.

gez. Fischer, Bauer, Koch, Scheid, Seeger.“

Damit hat in Fürth die kommunistische Rathausfraktion aufgehört zu existieren, genau so, wie das vor einem Jahre in Nürnberg bei der kommunistischen Partei sich ebenfalls abspielte. In Nürnberg und in Fürth gibt es heute keine kommunistischen Gemeindevertreter mehr in den Rathäusern.

Parteiverschmelzung in St. Etienne.

Paris, 6. Oktober.

Der erweiterte Vorstand der sozialistischen Partei beschäftigte sich gestern mit dem von einer Gruppe ehemaliger Parteimitglieder in St. Etienne gestellten Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei. Es wurde beschlossen, eine Fusion von Organisation zu Organisation vorzunehmen, ohne Rücksicht auf die Beitrittsgefühle der einzelnen Mitglieder.

Außerdem beschloß der Verwaltungsausschuß gestern, die geplante sozialistische Zollkonferenz, an der Sozialisten aus Deutschland, Belgien, Luxemburg, der Schweiz und Frankreich teilnehmen, auf den 15. und 16. Oktober nach Paris einzuberufen.

Was die vom französischen Parteivorstand beschlossene Verschmelzung in St. Etienne betrifft, so handelt es sich um einen ehe-

maligen kommunistischen Verband dieses vorwiegend industriellen Bezirkes, der sich bereits vor nahezu sechs Jahren von Moskau losgelöst hatte und dem es bisher gelungen war, sich selbstständig zu behaupten. Die dortigen „Sozialistisch-Kommunisten“, wie sie sich nannten, hatten sogar drei Abgeordnetenmandate in ihrem Departement erobert. Diese drei Abgeordneten, darunter der bekannte Rechtsanwalt Ernest Lafont, werden nun der sozialistischen Kammerfraktion beitreten.

Als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie werden die Genossen Dr. Hilferding und Robert Schmidt an der internationalen Zollkonferenz teilnehmen.

Blum über Frankreichs Abrüstungspflicht.

Paris, 6. Oktober.

Leon Blum schreibt im „Populaire“: Frankreich hat Deutschland und allen Nationen gegenüber, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben, die Verpflichtung der Abrüstung übernommen. Die Deutschland auferlegte Entwaffnung, die es auch nach Ansicht der alliierten Regierungen in befriedigender Weise durchgeführt hat, ist nach dem Friedensvertrag als Vorpiel und Anbahnung einer allgemeinen Abrüstung aufzufassen. Deutschland, dem offizielle Entlastung erteilt worden ist, hat allen Grund, Frankreich seine Abrüstungspflicht vorzuhaltten. Wenn Frankreich hierin nicht guten Willen und Loyalität zeigt, wird es der deutschen Reaktion und allen Kräften zur Wiedereinführung der Monarchie sowie des militärischen Revanche-Gedankens das fürchterlichste Propagandamittel liefern. Die Abrüstung ist notwendig, wenn man eine soziale Reform will; sie ist ferner notwendig, weil sie eine unumgängliche Vorbedingung ist für die Befriedung Europas. Man mag die Institutionen der internationalen Rechtspflege, die Schiedsgerichtsabkommen und die Garantieverträge so weit ausbauen, wie man will, solange es Armeen gibt, die angriffsfähig sind und eine Angriffsdrohung darstellen, wird der Friede nicht gewährleistet sein. Gegenüber früheren Zeiten schafft heute nicht mehr der Krieg die Armeen, sondern die Heere schaffen die Kriegsgefahr.

Renaudel über die Zwischenfälle in Toulon.

Paris, 6. Oktober.

Der sozialistische Abg. Renaudel, der selbst Abgeordneter von Toulon ist, hat einem Vertreter der „Quotidiens“ erklärt, er habe die Ueberzeugung, daß die Zwischenfälle in Toulon nicht so ernst gewesen seien, wie sie in der konservativen und in der kommunistischen Presse dargestellt worden seien, die beide ein Interesse daran hätten, die Ereignisse zu übertreiben. Es sei sehr wahrscheinlich, daß die Reuterer von der kommunistischen Propaganda beeinflusst worden sind. Es handelt sich nur darum, festzustellen, in welchem Ausmaße dies der Fall war.

Der Aufstand niedergeschlagen.

Bis auf Veracruz ist Mexiko in der Hand der Regierung.

Mexiko, 6. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Aufstand gegen die Regierung Calles ist bis auf Veracruz, wo die Truppen des Generals Gomez von den Anhängern der Regierung eingeschlossen sind, niedergeworfen. Insgesamt wurden bisher 4 Generale und zahlreiche Komplizen hingerichtet. 28 Abgeordnete wurden ihrer Mitgliedschaft zum Parlament entzogen.

Bisher sind im ganzen 40 Meuterer standrechtlich erschossen worden. Ein Oberleutnant mit seinem ganzen Regimentsstab wurden hingerichtet.

In Mexiko-Stadt ist es zu Unruhen gekommen, bei denen mehrere Personen getötet und verletzt wurden.

Erfolgshaftung im neuen Strafrecht.

Ein sozialdemokratischer Verbesserungsantrag wird abgelehnt.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstags behandelte die wichtige Frage der Erfolgshaftung. In der Regierungsvorlage findet sich im § 22 Absatz 2 die Bestimmung: Wer durch sein Tun die Gefahr herbeiführt, daß ein bestimmter Erfolg eintritt, ist verpflichtet, ihn abzuwenden.

Genosse Saenger begründete den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung dieser Bestimmung mit dem Hinweis darauf, daß die vorgesehene, höchst gefährliche Bestimmung sicherlich zu einem Mißbrauch dieses Paragraphen durch die Richter führen würde, besonders bei politischen Delikten. Der Veranlasser von Demonstrationen zum Beispiel würde bei der heuligen Einstellung des Richtertums damit rechnen müssen, daß er für jede etwa vorkommende Ausschreitung verantwortlich gemacht werden würde. Trotz dieser sehr berechtigten Kritik an dem Regierungsentwurf wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen.

Zu den Bestimmungen des Gesetzentwurfs über die Notwehr verlangte ein sozialdemokratischer Antrag die Wiederherstellung des geltenden Rechts. Genosse Saenger wandte sich entschieden gegen die unmögliche Bestimmung der Vorlage, nach welcher künftig der-

jenige, der in Notwehr ist, nur dann straffrei sein soll, wenn der Schaden, der durch die Ausübung der Verteidigung zu erwarten ist, nicht außer Verhältnis zu dem durch den Angriff drohenden Schaden steht. Die Vertreter mehrerer Parteien, auch der Vorliegende, Abg. Kahl, hielten die Bedenken der sozialdemokratischen Fraktion für durchaus berechtigt.

„Deutsche Treue“ vor Gericht.

Berufungsverhandlung Wahren gegen Sodenstern.

Vor der kleinen Strafkammer fand heute morgen die Berufungsverhandlung in der Sache Wahren gegen Sodenstern statt. Das Urteil der ersten Instanz hatte, wie erinnerlich, durch die herausfordernd „nationale“ Begründung, die seinerzeit der Richter Treff, ein ehemaliger Marineoberkriegsgerichtsrat, gab, das größte Aufsehen erregt.

Sodenstern, der Schriftleiter des Organs des Nationalverbandes deutscher Offiziere „Deutsche Treue“, hatte eine Erklärung des Verbandsvorstandes veröffentlicht, in der Wahren, dem Großmeister des Jungdeutschen Ordens, vorgeworfen wurde, er befürworte ein Militärbündnis mit Frankreich, das unter Umständen einen Teil des deutschen Volkes im Falle eines Krieges mit Frankreich in die Loge bringen könne, gegen das deutsche Volk kämpfen zu müssen.

Diese Erklärung hatte eine Privatklage Wahrens gegen Sodenstern und gegen die Mitglieder des Vorstandes des Nationalverbandes deutscher Offiziere, den Generalleutnant a. D. Wächter und den Major a. D. v. Jena zur Folge. Das Gericht der ersten Instanz sprach Sodenstern frei, weil er die Erklärung vor ihrem Abdruck nicht gelesen habe, und verurteilte die beiden anderen Beklagten zu je 50 M. Geldstrafe wegen formaler Beleidigung.

Der Vorliegende versucht, einen Vergleich anzuzugehen; er scheitert an der Kostenfrage. Das Gericht tritt in die Verhandlung ein.

Das Urteil des Gerichts lautete: Die Berufung der Beklagten wird verworfen, das erstinstanzliche Urteil wird angefochten. Die Berufung des Privatklägers dahin abgeändert, daß für jeden der Beklagten eine Geldstrafe von je 300 Mark festgelegt wird, für die im Falle der Nichtleistung eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen tritt. Die Publikationsbefugnis bleibt bestehen; die Kosten des Verfahrens haben die Beklagten v. Wächter und v. Jena zu tragen.

Die Deutschen in Finnland.

Nachdenkliches über Landeute.

Von Dr. Th. Haubach.

Die heutige Stellung des Deutschtums in Finnland ist entscheidend bedingt durch das Eingreifen des deutschen Expeditionskorps unter von der Goltz im finnischen Bürgerkrieg. Es ist nicht unbekannt, daß ein erheblicher Teil des finnischen Volkes diesen Krieg als „Freiheitskrieg“ bezeichnet (ob mit Recht soll hier nicht erörtert werden) und demgemäß haben die Deutschen als „Befreier“ und „Retter der Not“ jahrelang eine außerordentliche Stellung eingenommen. Daraus ist bei uns die keineswegs unschädliche Legende von den enthusiastischen finnischen Sympathien für Deutschland entstanden, eine Legende, die zu teilweise recht schroffer Ausnutzung dieser Freundschaftsgefühle geführt hat. Außerdem haben sich unsere, auf ihre legendäre Befreierrolle sehr stolzen Landsleute zu ihrem eigenen Schaden viel zu wenig darum gekümmert, daß die prodeutschen Sympathien im wesentlichen von der bürgerlichen und vielleicht auch bäuerlichen Klasse getragen wurden, daß aber bei der Arbeiterschaft ein Gefühl tiefer Erbitterung in Erinnerung an heroische Niederlagen und furchtbare Leiden zurückbleiben mußte. In dem Maße nun, in dem der Bürgerkrieg aufhört aktueller Gegenstand der finnischen Tagespolitik zu werden, in dem Maße, in dem Haß und Leidenschaften der Parteien abklingen und sich neben der heroisierenden Legende auch die nüchternen geschichtliche Untersuchung einen Platz in der öffentlichen Meinung erobert — in dem gleichen Maße kann der Deutsche nicht mehr von dem Ruhme des Befreiungskrieges Nutzen ziehen, der ihm in den ersten Jahren nach Errichtung der finnischen Republik verschwenderisch zuteil wurde. Man kann heute sagen, daß die Sympathien der finnischen Bourgeoisie für Deutsche recht erheblich abgeklüht und einer mehr nüchternen Betrachtung der Motive gewichen sind, die der deutschen Intervention in Finnland zugrunde lagen. Gleichzeitig aber hat wohl auch der finnische Proletarier gelernt, in dem Deutschen nicht mehr ausschließlich den Anstifter seiner Niederlage zu sehen, und wenn er auch kaum direkte prodeutsche Sympathien entwickelt, so unterscheidet er doch heute scharflich von Fall zu Fall.

Gest man in Helsingfors die Boulevardspassagen entlang, so entdeckt man auf einem freien Platz das Denkmal, das die Stadt den im April 1918 gefallenen deutschen Soldaten gesetzt hat. Ein anscheinend ständig erneuerter Kranz mit großer schwarzweißroter Schleife charakterisiert die Art der Sympathien, die zwischen der „weißen“ Partei Finnlands und den Deutschen bestanden haben und auch noch bestehen. Bis heute scheint noch niemand in der finnischen Hauptstadt auf den Gedanken gekommen zu sein, daß die Mehrzahl der hier geehrten Toten eine Schmäddung mit schwarzweißroten Bändern ganz energisch sich verbitten würde, wenn sie es noch könnte. Trotzdem scheinen heute die letzten Stunden dieser sonderbaren deutsch-finnischen Freundschaft gekommen zu sein. Der Ruhm der deutschen Intervention im „Freiheitskrieg“ beginnt zu verblasen und damit zugleich die Legende über diesen Krieg — der Finne denkt heute lebhaft daran, welche abenteuerliche Pläne die deutsche Oberste Heeresleitung beim Eingreifen in die Kämpfe seines Landes verfolgt hat. Gerade in nationalfinnischen Kreisen, die Jahre hindurch die lebhaften Beziehungen zu den v.d.-Goltz-Leuten unterhalten haben, hört man heute harte Urteile über die Thronkandidatur des Prinzen Friedrich Karl von Hessen, die die Weisheit der OHL. sich als Kaufpreis für die Truppenendung ausgedacht hatte. Die egoistischen Motive der deutschen Intervention werden heute vielfach unterstrichen und sogar das Verhalten der Interventions-truppen einer teilweise recht lebhaften Kritik unterzogen. Besonders nach dem Kriege haben ehemalige deutsche Offiziere, geflohenen Kapitäne, Verschwoerer aller Art, Finnland überschwemmt, die Galtfreiheit und Freundschaft des finnischen Bürgertums weidlich ausgenutzt und anscheinend des öfteren schmählich vergolten. Noch heute, wenn auch nur noch vereinzelt, kann man auf den nach Finnland fahrenden Schiffen solche deutschvölkischen Abenteurer entdecken, die durch wüste Intrigenwirtschaft und Schnorrereien dem deutschen Namen in Finnland schwer schaden.

Alles in allem: das finnische Bürgertum, auch diejenigen Kreise, die noch so „national“ und „weiß“ gesonnen sind, scheinen die Nase von den schwarzweißroten deutschen Freunden allmählich voll zu kriegen. Ein nicht unwichtiges Symptom für diese Entwicklung ist die lebhaft und recht unfreundliche Kampagne, die plötzlich, im Sommer dieses Jahres, von der hauptstädtischen Presse gegen den deutschen Handel geführt wurde. Bloßes Interessentengezänk? Wer ein Gefühl für Tonarten hat, weiß, woran er ist. Noch ein anderes: die abgetakelten v.d.-Goltz-Leute, die die von ihnen glücklich „befreiten“ finnischen Bürger jahraus, jahrein weidlich besuchten, sind meistens als Faschisten, als völkische Abenteurer, als Demokratentöter und Diktaturhelden erschienen. Die finnischen Bürger aber sind Demokraten, durch und durch Demokraten, was sie damit bewiesen haben, daß sie ihren völligen Sieg über die „Roten“ zum Aufbau einer Republik mit vielleicht ein wenig bedenklicher Verfassung, aber immerhin einer Republik benutzt haben. Für das Geschrei und Geschworne der „völkisch-nationalen“ Finnlandbefreier hat der finnische Bürger, je länger es dauert, desto weniger Interesse. Nie Sympathie klingt ab — auch die finnische Bourgeoisie geht ihre eigenen Wege.

Und die in Finnland lebenden Deutschen? Das ist eine

merkwürdige Geschichte. Solange der schneidige völkische „Befreier“ den Finnen genehm schien, solange scheint es den Leuten mit der großen Hohenzollernschnauze vorbehaltlose gelungen zu sein, der deutschen Kolonie die Heldensittenlosigkeit beizubringen. Gewiß gab es auch da schon Leute, die gekostet und gegergt von gewissen schwarzweißroten Lausbubenmanieren beiseite standen. Heute aber, und das ist das erfreuliche, beginnen sie sich zu regen — zwar langsam und heimlich noch, aber sie regen sich. Bittere Worte bekommt man zu hören über den bisherigen Führer der Deutschen, Kommerzienrat Goldberg, Löwe, dessen Äußerungen auf der Dresdener Auslandsdeutschen-Tagung teilweise überaus heftig kommentiert wurden. Der Reichsdeutsche, der sich durch das ständige Herauskehren der deutschnationalen Parteiführung provoziert fühlt, kann heute bei einem nicht ganz unerheblichen Teil seiner Landsleute in Helsingfors auf Verständnis stoßen. Daß diese Leute bis jetzt nicht nach außen hin geschlossen auftreten konnten, daß sie nicht instande waren, dem schnoddrig-nationalen Ton entgegenzutreten, der sich so übel bemerkbar macht — das liegt vor allem an der wirtschaftlichen Abhängigkeit, unter deren Druck die allermeisten oppositionell gestimmten Deutschen stehen. (Ueber diese wirtschaftliche Abhängigkeit wäre viel zu sagen — sie ist für viele geradezu zu einem Martyrium geworden.) Dann aber liegt alles an dem völligen Mangel organisatorischer Unterstützung von Deutschland aus. Der schwarzweißrote Deutsche hat von der Heimat alles, was er braucht — private und sogar amtliche Unterstützung, er hat den famosen Verein für das Deutschtum im Auslande, der trotz tausendfacher Ablehnung als nationalistische Organisation wirkt, er hat selber Geld und einflussreiche Verbindungen. Nur so konnte es kommen, daß unter Verfälschung der tatsächlichen Lage eine Minderheit das politische Gesicht des finnischen Auslandsdeutschtums bestimmen konnte, ein Zustand, der endlich heute sich zu lösen beginnt, der aber immer noch unerträglich genug ist. Es war ein schweres Verhängnis der deutschen Republikaner, die Auslandsarbeit solange vernachlässigt zu haben. Heute sind die Möglichkeiten, die sich bieten, zweifellos groß. Man muß zupacken, mit allen Mitteln zupacken. Eine politische Aufgabe ist hier zu lösen.

Hitler, Justiz, Kapital. Ein paar notwendige Fragen.

Man stelle sich folgendes vor: ein paar Tage vor dem Stahlhelmtag wären kommunistische Führer beim Berliner Polizeipräsidenten und beim preußischen Innenministerium erschienen mit der Drohung, die Stahlhelmeute wie die Hunde niederzuschleusen, wenn deren Umzug nicht verboten würde. Man stelle sich weiter vor: am Morgen des Stahlhelmtages wäre ein Haufen Kommunisten vor einer Reichswehrkaserne erschienen und hätte sich mit Gewalt in den Besitz von einigen Hundert Gewehren, ein paar Duzend Maschinengewehre, einiger Kisten Handgranaten usw. gesetzt. Dann sei eine bewaffnete kommunistische Truppe von etwa 8000 Mann kampfbereit auf dem Tempelhofer Feld aufmarschiert, nachdem sie vorher an die Zivilliberalisierung Warnungen vor dem Betreten der Straße verteilt hätten. Der Rattenkönig der daraus entstehenden Strafverfahren wäre gar nicht abzusehen gewesen: Beamtenentzug, Bedrohung mit Verbrechen, Bildung eines bewaffneten Haufens, Landfriedensbruch, Amtsannahme, Hochverrat, und noch einige Duzend anderer Verbrechen wären zur Anklage gekommen. Genau so aber sind — nicht Kommunisten sondern Hitler und sein Anhang am 1. Mai 1923 gegen die sozialdemokratische Maidemonstration vorgegangen. Das schleichend geführte Strafverfahren ist ohne jeden ersichtlichen Grund im Sande verlaufen. Nun gibt es aber einen § 346 des StGB., der den Beamten mit Zuchthaus bedroht, der — zur Ausübung der Strafgewalt berufen — die Ver-

folgung einer strafbaren Handlung unterläßt, um jemand der gesetzlichen Strafe zu entziehen. Nach dem Bericht des zur Bayerischen Volkspartei gehörenden Abg. Grafen Pestalozza im bayerischen Untersuchungsausschuß wird die Frage gestellt, ob der § 346 für bayerische Staatsanwälte und bayerische Justizministerialbeamte nicht in Geltung ist?

Ein weiteres Wort ist über die finanziellen Hintermänner des Hitler-Putsch zu sagen. Wieder ist der Name des Herrn von Borfig aufgetaucht. Herr von Borfig ist nicht nur der Leiter eines Unternehmens, das sich in der damaligen Zeit der Inflation auf Kosten der Allgemeinheit ungeheuer bereichern konnte, sondern daneben auch der Vorsitzende der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände.

Die direkte oder indirekte Finanzierung des Hitler-Putsch würde nicht das einzige unsaubere Kapitel dieser Vereinigung darstellen. Vor einiger Zeit wurde bekanntlich festgestellt, daß die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände in dem sogenannten „Arbeitszeitfond“ sich einen ausgesprochenen Korruptionsfonds geschaffen hatte, aus dem mehrere Hunderttausend Mark zum Zwecke der inneren Korruption der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften verausgabt worden sind. Als der Skandal nicht mehr aufzuhalten war, operierte die Vereinigung den Syndikus Dr. Tänzler und den Verwalter des Fonds Herrn von Jenzgen. Beide gingen und — schwiegen. Sie nahmen die Schuld vor der Öffentlichkeit auf sich, damit andere Personen von klingenderem Namen aus dem Spiel blieben.

Wahrscheinlich wird man auch jetzt wieder in der Hitler-Angelegenheit ein paar subalterne „Schuldige“ finden. Denn ganz selbstverständlich haben Herr von Borfig und der übrige Vorstand der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände von dieser Sache genau so wenig gewußt, wie von den Korruptionsgeldern an Karl Erdmann und von dem 5000-Mark-Darlehen für den Fremdmörder Oberleutnant Schulz.

Das Parteibuch entscheidet! Streit um die Nachfolgerschaft Zechlins.

Die „Kölnische Zeitung“ dementiert in einem offenbar partei-offiziösen Telegramm aus Berlin die Nachricht vom Austritt des Ministerialdirektors Zechlin, des Leiters der Presseabteilung der Reichsregierung, fügt aber dem Dementi folgende Bemerkungen hinzu:

Sollte sich jedoch späterhin eine neue Lage ergeben, so muß schon jetzt daran erinnert werden, daß Reichsanwalt Dr. März bei der Bildung des Kabinetts der Deutschen Volkspartei die bindende Zusage gemacht hat, wonach nur ein Mitglied der Deutschen Volkspartei als Nachfolger des scheidenden Leiters der Presseabteilung in Frage kommen könne. Nach der Auffassung maßgebender Kreise der Deutschen Volkspartei wird ihre (!) Wahl nur auf ein Mitglied fallen können, das bereits auf eine längere Zeit bewährter Mitarbeit innerhalb der Partei zurückblicken kann.

Hier wird also mit dürre Deutlichkeit ausgesprochen, daß freiwerdende Beamtenstellen von der Bürgerblockregierung nicht nach persönlicher Eignung, sondern nach der Parteizugehörigkeit vergeben werden, ja für vorkommende Fälle bereits im voraus vergeben worden sind! Die Vorleser des Bürgerblocks tun damit daselbe, was sie bisher mit Unrecht und in demagogisch aufbelehrender Weise gegen die Sozialdemokratie behauptet haben.

Rechtsblock-Liste in Bremen. Die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftliche Vereinigung und die Deutschvölkische Freiheitspartei haben sich — wie es ihnen zukommt — zu gemeinsamer Vorgehen bei den bevorstehenden Bürgerblockwahlen in Bremen geeinigt.

Präsident Kalkhoff ist, entgegen der Meldung eines Mittagsblattes aus Wien, die von einer schweren Erkrankung des tschechoslowakischen Präsidenten sprach, völlig gesund.

Die Begnadigungen in Preußen.

Ihre Handhabung und ihre Möglichkeiten.

In einer parteiunabhängigen Korrespondenz schreibt der Ministerialrat im preußischen Justizministerium S. Rosenfeld zu den bevorstehenden Begnadigungen in Preußen:

Hinter den Mauern preußischer Strafanstalten sitzen an 40 000 Menschen. Mag auch ein Teil von ihnen dem unrettbaren Schicksal des berufsmäßigen Verbrechertums angehören, vor dem die Gesellschaft zu schützen ist, so wissen wir doch, daß

in vielen Fällen mehr Schicksal als Schuld die Ursache

dafür geworden ist, daß Richterspruch sie auf Monate und zuweilen Jahre in das Dunkel der Gefängnismauern stieß. Wir wissen auch, daß oft Zufälligkeit darüber entscheidend war, wie hoch die Strafe bemessen ist, daß oft für gleiche oder ähnliche Taten ein Angeklagter im Orte I. und vor dem scharf urteilenden Richter J. eine weit höhere Strafe zugesellen erhalten hat, als er in einem anderen Orte und vor einem anderen Richter zu erwarten gehabt hätte. Wie oft auch wäre das Urteil ganz anders ausgefallen, wenn Gericht und Staatsanwaltschaft mehr Mühe darauf verwendet hätte,

die Hintergründe der Tat

auszuschließen, die Umwelt zu untersuchen, aus der die Tat entsprungen ist, zu schweigen von den nicht ganz seltenen Fällen, in denen auch das Geschick bei richtiger Anwendung selbst eine mildere Strafe verlangt hätte. Vor einiger Zeit lag uns ein Urteil vor, durch das ein Arbeiter, der einen Strauß Astern auf einem städtischen Platz gepflückt hatte, um sie seiner Braut zum Geburtstag zu schenken, wegen Rückfallverstrafs in zwei Instanzen zu der Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt war. Erst der Justizminister im Gnadenverfahren erkannte richtig, daß die Tat nur eine Übertretung des Feld- und Forstpolizeigesetzes war, die mit 10 Mark Geldstrafe mehr als ausreichend gesühnt war und wandelte die Strafe im Gnadenwege demgemäß um.

Wie unendlich viel hängt für das Schicksal des einzelnen und seine Familie davon ab, ob er vor dem Gefängnis bewahrt bleibt oder bei der Verbüßung einer Gefängnisstrafe um Wochen und Monate früher seiner Freiheit wiedergegeben wird. Deshalb richten sich die Hoffnungen zahlreicher Menschen innerhalb und außerhalb der Gefängnisse auf diesen Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 2. Oktober 1927, durch den aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten über den gewöhnlichen Rahmen hinausgehende Einzelbegnadigung für Verurteilungen zugesichert wurde, die vor dem 2. Oktober 1927 rechtskräftig geworden sind. — In erster Linie kamen Straftaten in Betracht, die

im politischen Kampf oder aus Not

begangen worden sind. Die aus Zusammenstößen zwischen Republikanern, Kommunisten und Rechtsverbänden hervorgegangenen Bestrafungen haben vor allem Anwartschaft auf weitgehende Gnade.

Zu berücksichtigen sind bei der Auswahl der Einzelfälle die Persönlichkeit des Verurteilten, insbesondere sein Alter (d. h. der jugendlichen Täter wie solcher, die wegen ihres höheren Alters Schonung und Nachsicht verdienen), sein Vorleben und seine Verdienste um die Allgemeinheit. Für das Vorleben wird ins Gewicht fallen, ob der Verurteilte bisher straffrei geblieben oder doch nicht erheblich vorbestraft ist. In Verdiensten wird ihnen die Kriegsteilnahme, Kriegesbeschädigung sowie die Bekleidung öffentlicher Ehrenämter zugute gehalten werden. Ferner sollen die Umstände und Beweggründe der Tat, das Verhalten des Verurteilten bei der Tat, insbesondere seine Bemühungen um Wiedergutmachung des Schadens und seine Führung im Strafzuchthaus berücksichtigt werden. Entscheidend soll ins Gewicht fallen weiterhin die wirtschaftliche Lage und die sonstigen Verhältnisse der Familie des Verurteilten. Hierdurch ist dem Gnadenbewerber der weiteste Raum gegeben, und es wird deshalb zweckmäßig in den Gnadengesuchen gerade auf die Darstellung der sozialen Lage der Familie des Verurteilten Wert zu legen sein.

Was hat man nun zu tun.

um der beabsichtigten Gnadenergünstigung teilhaftig zu werden? Wenn auch die Staatsanwaltschaften, die Beauftragten für Gnaden-

Judenmarkt in Amsterdam.

Von Erich Grijar.

Der Judenmarkt zu Amsterdam ist die seltsamste Warenbörse der alten Welt. Alle Säge, die je über die Vergänglichkeiten der Dinge geschrieben wurden, sind hier aufgehoben und dem Fremden, der nur flüchtig durch das Gewimmel freischwebender und schreiender, laufender und verkaufender Menschen hindurchgeht, erscheint es, als ob hier jedes Ding erst dann seinen vollen Handelswert bekomme, wenn ein normaler Haushalt keine Verwendung mehr dafür hat. Vom rostigen Nagel bis zum ganzen Herd, vom gebrauchten Wollstumpf bis zum abgetragenen Anzug findet jede Ware hier einen Platz und einen Menschen, der seine Zeit daransetzt, einen Käufer zu erwarten, der noch einige Centa oder Gulden für das hier Angebotene gibt.

Aber wenn auch der Handel auf diesem seltsamen Markt nicht immer genug zum Leben abwirft, die Hoffnung einmal nicht mehr einen Haufen rostiger Vorhangschlösser oder Gummischoben oder durch Brandbeschaden unvertäuflich gewordene Hofenträger benutzen zu müssen, lebt in jedem der dunkelbärtigen Händler, die hier auf das Glück warten, das ihnen den Weg frei gibt in die Masse der Händler, die mit dem An- und Verkauf alter Möbel den Grundstock zu einem Vermögen legen, das groß genug ist, um in der Jodenbreestraat einen gutgehenden Laden eröffnen zu können.

Selten genug ist freilich diese Chance und sie erklärt den Eifer nicht, mit dem selbst der wertloseste Gegenstand noch auf den Markt gebracht wird, der selbst dann, wenn er einen Käufer findet, die Zeit nicht bezahlt macht, die verlan wurde, um ihn zu verkaufen. Den tieferen Sinn dieses Treibens versteht nur der, der die Leidenschaften einer Rasse kennt, der handeln Selbstzweck wurde; denn die Zahl derjenigen, die diesen Markt besuchen, um etwas zu kaufen, ist gering.

Wer mag wissen, wie lange schon das Bügeleisen, das hier auf dem Boden neben einem Puppenhaufe liegt, auf einen Käufer wartet und wie alles es schon in die Hand nahm, um es wieder an seinen Platz zu stellen, ohne es zu kaufen? Wer wird jemals auf den Gedanken kommen, die Karikatur eines Petroleumherdes zu erstehen, die der nächste Händler, wie lange schon, feilhält? Weshalb geht schon der Handel mit den Jubelstücken alter Fahräder. Auch die Dinge, die den armseligen Haushalt des Proletariats ergänzen sollen, beschädigte Schöpfköpfe, Eierbecher, Teller, Haushaltswagen, Tassen und Kohlenkästen finden Käufer. Auch Kinderwagenräder, die in ganzen Sägen und an vielen Stellen zu haben sind, wechseln leicht ihren Besitzer. Dann gibt es hier noch Stoffreste, alte Unterhosen, Bettbarthaar, der aussieht, als sei er zehn Jahre in einem kinderreichen Haushalt benutzt worden, Rissen und Kramotten zu sehen und zu kaufen. Vor Plüschmöbeln baut sich der Vergaser eines Motorrades auf und neben einer alten Schneidmaschine liegen zwei Klavierleuchter.

Bilderrahmen und Kinderpielzeuge gibt es beim nächsten

Händler. Auch Photographien längst verstorbener Familien fanden ihren Weg hierher. Darunter ist eine Photographie des Papstes. Daneben wartet ein kleiner Teddybär auf seine Auferstehung, ein altes Tigerfell bietet seine Dienste als Bettvorleger an, und drüben, mitten auf der Straße, steht ein ganzes Bett. Die zugehörigen Matratzen muß man sich allerdings zwei Strohsacke wecker bei der Konkurrenz besorgen, aber das macht nichts, dafür kann man die Kopierpresse, wenn man Verwendung dafür hat, gleich mitnehmen. Wer einem technischen Museum eine Freude machen will, kaufe den hier liegenden Staubsauger. Er stammt noch aus dem vorigen Jahrhundert und arbeitet statt mit einem Motor mit einer Saugpumpe. Beschädigte Gipsfiguren und beschriebene Postkarten, bunte Nuscheln und Früher warten auf den, der sein Heim mit ihnen schmücken will, und wenn es mal wieder Krieg gibt, wird auch für die hier ausliegenden englischen Tornister und deutschen Infanteriepaten, mit und ohne Säge, ein Käufer gefunden werden. Man darf die Hoffnung nicht aufgeben.

Aus einem Haufen verwaschener Lumpen sucht eine arme Frau sich eine Bluse heraus. An der Art, wie sie jedes Stück prüfend gegen das Licht hält, ist zu sehen, wie ernst es ihr um den Kauf ist.

Doch auch der Wagen kommt zu seinem Rechte. Bonbons werden verkauft, und an vielen Stellen dampft eine Röhre. Dann gibt es Leberwürste in Essig, Rindseber und Rastheringe, die man in Amsterdam nicht nur im Judenviertel auf der Straße verzehrt.

Nun hallen gar Trompetentöne über den Platz. Auf einem Podium, dicht von Menschen umlagert, steht ein reisender Zahnarzt, der für wenige Centa bereit ist, jedem, den der Anblick der auf einem kleinen Tischchen liegenden Marierwerkzeuge nicht erschreckt, an Ort und Stelle die kahlen Zähne herauszuziehen. Zum Gaudium des schaulustigen Volkes.

Das Kröschchen eines Grammophon, das uns vorjährige und ältere Schläger ins Ohr trompetet, überdient die Schreie der Mülligen, die dem Zahnarzt sich opfern. Platten, die der reguläre Handel nicht mehr aufnehmen kann oder mag, finden hier zu Bruchstücken des Ladenpreises Absatz. Gummibälle werden ebenfalls angeboten und angestrotzte Scheren, die bei einem Brand durch Wasserbeschaden litten. In einem kleinen Bäckchen, das auf eine mit träber Flüssigkeit gefüllte Gracht mündet, hat sich so etwas wie eine Spezialkavau in Eisenwaren gebildet. Ein alter Feuerwecker träumt hier von der vergangenen, der minimaxlosen Zeit, in der er seine Tage nicht auf dem Trüdemarkt neben dem Entkastein eines Strohkannals verbringen mußte. Ofenringe in allen Größen und Wagnerräder stehen dicht dabei. Sogar das Untergestell einer Pore kann man hier kaufen. Dann stehen noch schwere Ähken da und Kurbelwellen, ein Ambosh und eine große Kadelwinde, die Gott weiß wer zu Geld gemacht, oder in diesem Viertel vergessen hat. Die Besitzer dieser Sachen, die an den marktfreien Tagen nicht fortgeräumt werden, weil sie zu schwer sind, sitzen auf den Treppen der naheliegenden Wohnhäuser

und nur, wenn einer allzu eifrige Blitze auf diese gewichtigen Dinge wirft, kommen sie herbei und machen „einen günstigen Preis“.

Von diesem Gemimmel der Baren und Menschen klingt der Lärm strafenweit. Und wenn er schon verhallt ist, begegnet man immer wieder noch einzelnen Händlern, die mit Wagen oder Pöden voll wertlosem Kram nicht müßig auf das Glück warten wollen, sondern ihm entgegenziehen, damit es sie zu denen emporhebt, die im glänzenden Auto durch die Stadt fahren.

Pilgerlied.

(Aus dem Gesangbuch eines strengen Marxisten-Leninisten.)

Zu der App geweinten Ephären,
Zu des Ekks Hochaltären,
Zu dem Karfunkel hin,
Zu den stolzen Komosojen,
Die sich mit Kulaken holzen,
Freunde, Brüder, laßt uns ziehn!

Ja, Polbureau, Trozkisten,
Zentrosojus, Rotarmisten —
Ach, mein Herz läßt keine Ruh':
Preisen mich ich die Profintern,
Den Agitprop der Komintern
Und die große GPU!

Peter-Rosegger-Bund. Auf Einladung der Volksbühne sprach Hermann Kienzl in der Aula des Gymnasiums „Zum Grauen Kloster“ über den Volksdichter Peter Rosegger. Rosegger gibt tatsächlich bodenständige erdgeschaffene Kunst und kein Salonliteratur in der Art des späteren Desregger. Die Bauern werden nicht nur idyllisch behandelt oder irgendwale für die gute Bürgerstufe zurechtgerichtet. Rosegger schildert sie, wie sie tatsächlich sind, mit allen ihren Fehlern und Vorzügen; allerdings ist er ein zu liebenswürdiges Talent, um die Schattenseiten des Daseins zu betonen. Er untermalt leise humoristisch Menschen und Situationen. Er betrachtet sie manchmal mit unaufdringlicher Wehmut, aber er biegt meistens wirklich Trügl aus. Nach einer kurzen biographischen Würdigung las Hermann Kienzl Gedichte, Erzählungen und Anekdoten Rosegegers. Einfach, schlicht und innig sind diese Verse, aber Rosegger gibt sein Bestes in der kurzen Prosaerzählung. In dem zweiten Teil las Kienzl Anekdoten in steyerischer Mundart. Leider blieb hier manches unverständlich, denn für einen Berliner ist der steyerische Dialekt beinahe eine fremde Sprache.

Spielplandänderung. Wegen plötzlicher Erkrankung mehrerer Hauptdarsteller muß im Staatstheater (Schaubühnenmarkt) am heutigen Abend statt „Häns von der Jagd“ das Lustspiel „Ein besserer Herr“ in Szene gehen. Morgen, Freitag, wird statt „Horian Ocher“ ebenfalls „Ein besserer Herr“ gegeben. Im Schillertheater ist folgende Repertoireänderung notwendig geworden: Am Freitag, dem 7. (statt der ursprünglich angekündigten Vorstellung „Kauf“) „Am weihen Hölz“. Am Samstag, dem 8. (statt „Kauf“) „Häns von der Jagd“.

Das Luftschiff in der Arktis.

Ein Vortrag Umberto Nobiles.

Der Führer des Luftschiffes „Norge“, Umberto Nobile, mit dem Amundsen die Fahrt von Spitzbergen über den Pol nach Alaska vollendete, sprach gestern auf Einladung der „Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt“ in der Technischen Hochschule über das Luftschiff im Dienste einer ständigen geographischen Ueberwachung der Arktis. Er kam am Schluß seiner Ausführungen zu der Forderung, daß man zwei Luftschiffhallen errichten solle, die einem Luftschiff von etwa 30 000 Kubikmeter in Spitzbergen und an der Nordküste von Alaska Unterkunft und Schutz bieten sollten. Falls man ein Luftschiff mit 50 000 Kubikmeter Inhalt verwenden sollte, genüge eine Halle, die dann zweckmäßig in Spitzbergen zu errichten wäre.

Der Vortrag selbst ging aus von dem jahrhundertelangen Kampf um die arktischen Gegenden. Er behandelte die mit ungeheuren Opfern an Menschen und Material durchgeführte Ost- bzw. Westdurchfahrt, die von Nordenskiöld und Amundsen endlich erreicht wurde. Er ging ferner ein auf die Mittel, die die Polarforschung bis zu dem Augenblick anwandte, da die Flugtechnik soweit gediehen war, daß man Luftschiff und Flugzeug in den Dienst dieser Arbeiten stellen konnte. Nobile schilderte die Gefahren, die einem Flugzeug drohen, das sich in die arktischen Gegenden wagt. Die größte Gefahr sieht er in der Landung und in der Schwierigkeit des späteren Wiederaufstiegs. Ein Motordefekt, der bei einem Luftschiff ohne weiteres behoben werden kann, kann eine Flugzeugexpedition zu einem unglücklichen Ende führen. Trotzdem schaltet Nobile das Flugzeug bei der arktischen Forschungsarbeit nicht völlig aus; es könnte zum Beispiel dazu dienen, Forscher zu irgendeinem bestimmten Punkt in die arktischen Gegenden zu befördern und sie dauernd mit Nahrungsmitteln usw. zu versehen. Das mit Laboratorien und allen modernen Geräten versehene Luftschiff aber kann zu größeren

Reisen und zur Erzielung wissenschaftlicher Ergebnisse verwendet werden. Er selbst jedoch mühte von seiner Reise zugeben, daß das wissenschaftliche Ergebnis recht mager gewesen sei, da die viel zu kleine „Norge“ nur als Pionierballon vorgehen war und außerdem ständig mit Nebel zu kämpfen hatte. Die Gefahren, die Nebel für ein Luftschiff durch Eiebildung bedeuten, seien tatsächlich viel geringer, als vor Antritt der Fahrt namhafte Gelehrte angenommen hatten. Die Mehrbelastung, die das Schiff durch Eiebildung auf der Höhe erlitt, konnte stets ausgeglichen werden, Gefahren, die herabfallende Eistücke für schnell umlaufende Propeller herbeiführen, können durch geeignete Gegenmaßnahmen herabgemindert oder beseitigt werden. Auch Schnee sei für das Luftschiff keine Gefahr, da er durch den Fahrstrom heruntergeweht werde. So hätten bei der „Norge“ Störungen, die durch Einströmen der Benzinzuleitung entstanden waren, beseitigt werden können.

Am Schluß seiner Darlegungen erwähnte Nobile den Plan, das neue Luftschiff „A. J. 127“ mit seinen 105 000 Kubikmetern Inhalt gelegentlich für Polarfahrten zu verwenden. Aus seinen Ausführungen aber konnte man entnehmen, daß er dieses Schiff für einen solchen Zweck als viel zu groß ansieht, trotzdem wünschte er natürlich dem Plan vollen Erfolg. Endlich hofft Nobile, daß es den weiteren Pionieren der Luftschiffahrt in der Arktis gelingen werde, in nicht allzu ferner Zukunft den Kontinente verbindenden Luftverkehr vorzubereiten.

Endlich zeigte Nobile Bilder vom Polflug der „Norge“. Hier fiel vor allem auf, wie oft Ruffolini von der Kamera wiedergegeben wurde. Diese Bilder erwecken in der Tat den Anschein, als ob Amundsens Behauptungen gegen Nobile, die in seinem neuen jetzt erschienenen Buch enthalten sind, sehr viel Wahrscheinlichkeit haben. Der „Vorwärts“ wird über dieses Buch des großen Polarforschers an anderer Stelle berichten.

Die Ozeanflieger in Lissabon.

Die Landung im Nebel.

Emden, 6. Oktober.

Nach Mitteilung der Flugleitung Nordberney ist das Flugzeug D 1230 in Lissabon gelandet.

Bei den Junkers-Flugzeugwerken ist folgendes Telegramm aus Lissabon eingegangen:

„Cooke berichtet: Landung nur wegen Nebel, Maschine, Mannschaft wohl, hoffe nächsten Morgen Lissabon erreichen.“

Eine Erklärung der Junkers-Werke.

Die Telegraphenunion ist von den Junkers-Werken offiziell zu folgender Erklärung ermächtigt worden:

„Die von der Telegraphenunion am 4. Oktober d. J. verbreitete Meldung, wonach die Junkers-Werke den Zulassungsantrag für das gestartete Junkers-Flugzeug „D. 1230“ gestellt und dieses beim deutschen Lufttrakt für den Langstreckenflug angemeldet haben, ist in vollem Umfang richtig. Damit haben die Junkers-Werke als geschäftlicher Unternehmer des Fluges zu gelten. Die vom W.B. am 5. Oktober verbreitete Nachricht, der zufolge die Junkers-Werke in keiner Weise hinter dem Unternehmen stehen und dieses Unternehmen weder technisch, noch organisatorisch, noch finanziell in irgendeiner Beziehung vorbereitet haben, also an dem Unternehmen uninteressiert sind, ist falsch und geht auf unrichtige Kombinationen zurück.“

Die Morde des Zigeuners Herzberg.

Eine Reihe von Mordtaten werden dem 38 Jahre alten Zigeuner Hermann Herzberg zur Last gelegt, der jahrelang von vielen Behörden gesucht, endlich nach einem ausgedehnten Fahndungsverfahren von den Landjägern bei Billfallen ergriffen und jetzt vorläufig nach Berlin gebracht wurde. Herzberg, der Viehdiebstahl betrieb, erschloß mit 22 Jahren in der Nähe von Sestini einen Zigeuner, der seinen Vater überfallen hatte. Er erhielt acht Jahre Zuchthaus, die er in Sonnenburg verbüßte. Nachdem er im August 1918 entlassen worden war, verfolgte ihn, wie er behauptet, die Angehörigen des Stammes des Erschossenen ständig mit Blutrache. Wiederholt sei er überfallen und angegriffen worden. Ein Jahr nach seiner Entlassung erschloß er in Gölzow in Pommern seine Onkel den Zigeunern Heinrich Rosenbach. Auch das soll mit der Blutrache zusammenhängen. Den gewaltigen Tod seines Schwiegervaters verschulde zu haben, gibt der Verhaftete ebenfalls zu. Diese Tat liegt ebenfalls schon eine Reihe von Jahren zurück. Alles andere, dessen er beschuldigt wird, bestritt Herzberg. Morde an Fürstern usw., die im Laufe der Jahre in den verschiedensten Gegenden verübt wurden, sollen von anderen ihm unbekanntem Tätern begangen worden sein. Andere Zigeuner hätten lediglich aus Rache auch diese ihm zur Last gelegt und ihn deshalb angezeigt. Nach seinem Verhör durch die Kriminalinspektion A wird Herzberg heute nach Hanau übergeführt werden, in dessen Umgebung er seinen Schwiegervater erschossen hat.

Feuer in der Weberstraße.

Die Feuerwehr war gestern nacht um 3 Uhr mehrere Stunden lang in der Weberstraße 3 mit der Bekämpfung eines gefährlichen Fabrikbrandes beschäftigt. In den Partieräumen des Quergebäudes, in dem eine Tischlerei ihre Werkstätten hat, war Feuer ausgebrochen, das erst bemerkt wurde, als aus den Fenstern meterhohe Flammen herauslugen. Als die Feuerwehr an der Brandstätte eintraf, hatte der Brand bereits auf das erste Stockwerk übergegriffen. Holzvorräte gaben dem Feuer reiche Nahrung. Starke Qualmentwicklung erschwerte die Vörsarbeiten, so daß die Feuerwehrleute nur mit Schutzmästen vordringen konnten. Nach einstündigem Wassergeben aus mehreren Schlauchleitungen war die Hauptgefahr beseitigt. Die Aufräumungsarbeiten dauerten bis gegen 7 Uhr morgens. — Durch Funkenflug aus einem schadhaften Ofen entzündet gestern nacht in einer Fahrradwerkstatt in der Reuendorfer Straße 78 zu Spandau Feuer. Der Raum brannte völlig aus. Die Spandauer Feuerwehr war über eine Stunde an der Brandstätte tätig. — Im Dachstuhl des Hauses Krausenstraße 69 brach heute früh Feuer aus, das von Hausbewohnern bemerkt wurde, als es noch im Entstehen begriffen war. Die alarmierte Feuerwehr beseitigte die Gefahr.

Totgefahren und liegen gelassen.

Zwei patrouillierende Polizeibeamten machten gestern nacht gegen 1 30 Uhr vor dem Hause Barstraße 43 einen schrecklichen Fund. Mittens auf dem Fahrdamm lag in einer Busslage die Leiche eines Mannes, die schwere Kopfverletzungen aufwies. Der Arzt der nächsten Rettungsstelle stellte den Tod durch Ueberfahren fest. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach der Halle in der Bornigstraße übergeführt. Wie aus den Papieren hervorging, die bei dem Toten gefunden wurden, handelt es sich um den 50jährigen Buchhalter Ludwig Würz aus der Kantstraße 4 zu Wilmberg. — Ohne Zweifel handelt es sich wieder einmal um das Opfer eines rücksichtslosen Kraftwagenführers, der, nachdem das Unglück geschehen war, die Flucht ergriff und den Schwerverletzten hilflos liegen ließ.

Erd- und Feuerbestattungen. Die Berliner Bevölkerung neigt immer mehr dazu, ihre Toten den Flammen zu übergeben. Im Juni dieses Jahres waren 975 Erdbestattungen und 1046

Feuerbestattungen zu verzeichnen. Im Vormonat waren die betreffenden Zahlen 958 zu 1032, und im Juni 1926 wurden 940 der Bestorbenen der Erde und 1033 dem Feuer übergeben. Der Konfession nach gehörten von den 1046 im Juni 1927 durch Feuer Bestatteten 632 der evangelischen, 35 der katholischen, 21 der jüdischen Religion an; 249 waren Dissidenten und 49 „Sonstige“. — Die Herren Geistlichen aller Konfessionen, die ehemals fanatisch gegen die Feuerbestattung eiferten, haben sich längst damit abgefunden; sie lehnen es nicht mehr ab, bei den Trauerfeierlichkeiten mitzuwirken, wenn der Wunsch an sie ergeht.

Wo ist die Falschgeldzentrale?

Internationale Verbrecher.

Bei verschiedenen Banken in Kopenhagen, Oslo, Stockholm und Amsterdam wurden vor kurzem englische Pfundnoten eingewechselt. Sie wurden zur Abrechnung an die Bank von England gefandt und hier als Fälschungen erkannt. In Amsterdam wurde nun vor einigen Wochen ein Mann festgenommen, als er auf einer Bank eine falsche 50-Pfund-Note umzuwechseln wollte. Er nannte sich Nathaus Bermeer und wies sich mit einem Paß aus, der in Berlin ausgestellt, wahrscheinlich gefälscht ist. Die Berliner Zentrale stellte fest, daß Bermeer ein russischer Kunstmaier Salomon Smolanoff ist. Dieser wurde bereits 1923 in Berlin festgenommen, zugleich mit einem Ivan Mislojedoff, der in jenem Jahre englische Pfundnoten gefälscht hatte. Mislojedoff entkam aber seinem Freund vollständig. So mußte der Kunstmaier auf freien Fuß gesetzt werden. Er wurde aber ausgewiesen. Seitdem reiste Smolanoff umher und berührte Kopenhagen, Oslo und Stockholm, bis er jetzt in Amsterdam festgenommen wurde. Er leugnete, irgend etwas gefälscht zu haben und behauptete, daß er die falsche 50-Pfund-Note selbst gutgläubig in Zahlung genommen habe. Nach seiner Entladung durch die hiesige Falschgeldzentrale wird man wohl nicht mehr daran zweifeln, daß er selbst auch der Fälscher ist. Man sucht jetzt die Falschgeldzentrale festzustellen.

Naturkatastrophe in Rumänien.

Nach Meldungen aus Bukarest haben die heftigen Regengüsse in den letzten Tagen in vielen Teilen des Landes große Heberschwemmungen verursacht. Bei Jassy ist der Pruth über die Ufer getreten und hat alle höher gelegenen Stadtteile unter Wasser gesetzt. Besonders schwer verwüstet wurde die Dobrudscha. Zahlreiche Städte und Dörfer wurden überflutet. Aus den Trümmern der zusammengestürzten Häuser wurden insgesamt 15 Leichen geborgen. Der Schaden übersteigt 100 Millionen Lei.

Opfer des Londoner Rebells.

In London herrscht zurzeit außerordentlich dichter Nebel, was zu einem schweren Unfall führte. Zwei Inspektionsbeamte der Londoner Untergrundbahn wurden bei einer Besichtigung der Strecke von einem Zug erfaßt und beide getötet. Der Rebedunst war so dicht, daß der Führer nur wenige Meter weit sehen konnte.

Poetische Diebe.

In einem kleinen Dorfe bei Sablat in Nordböhmen bewirtschafteten zwei Schwestern einen Bauernhof. Das Paar ist weit und breit als außerordentlich gelbig bekannt. Dieses Jahr haben die Schwestern eine glänzende Krantente. Da ist nun diese Woche genau der vierte Teil des großen Feldes gestohlen worden. Einen einzigen Krautkopf ließen die Diebe stehen, darauf prangte ein Zettel mit den Worten: „Wer so wie Ihr auf Gott vertraut, der gönnt auch armen Leuten Kraut!“

10 Jahre Zuchthaus für einen Menschenquäler. Das Schwurgericht in Trier verurteilte einen Arbeiter namens Philippi, der seine Frau in bestialischer Weise mißhandelt und dadurch ihren Tod herbeigeführt hatte, zu 10 Jahren Zuchthaus.

Gelber Schnee! Aus dem Erzgebirge und Riesengebirge werden seit Mittwoch Schneefälle gemeldet.

Die Interessensvertretung Selbsthilfe e. V. der geschädigten Kurländer, Kolonial- und Grenzlandbewohner hat am Freitag, dem 7. Oktober, abends 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses, Königstraße, ihre Mitglieder versammelt, um, in der über die Kriegsschadensabfrage beraten wird, um einige Beschlagsabhandlungen über diese Frage sprechen werden. Zutretenden sowie Gäste werden eingeladen.

Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin, X. Bezirk, veranstaltet am Sonnabend, dem 8. Oktober, einen großen Kunst- und Werbeabend im Göttertempel, Berlin-Niederschlesien, Rathausstraße. Einlaß um 7 Uhr, Beginn 7 30 Uhr. Eintritt völlig kostenlos. Es wirken mit: Walter Hänel vom Bundesvorstand und Paul Schneider, Gauvorsitzender, als Moderanten. Ferner Lichtendörfer Rannacher, Hottung 89, Gemittler Thor „Diana“, Lepensinger und Jahnke und Orphanit Schwarz. Es soll ein Gemischter Chor für Lichtendörfer und Umgebung gegründet werden.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Das bekannte Monatsgespräch-Büro, Leipziger Str. 141, am Kolonnenplatz, bringt in der heutigen Nummer ein Interlat, auf das wir ganz besonders hinweisen, da die wirklich hübschen Briefe für die anerkannt guten Qualitäten einen jeden Gelegenheit bieten, schon jetzt seinen Bedarf einzubeden.

suchen und die Vorstände der Strafanstalten die ihnen geeignet erscheinenden Fälle in Listen zusammenstellen und dem Justizministerium einreichen sollen — die ersten Listen sind am 31. Oktober fällig — so ist bei dem allgemeinen und unbestimmten Charakter der obigen Grundsätze bringend zu befürchten, daß in vielen Fällen recht willkürlich damit umgegangen wird. Es wird daher nicht ausbleiben, daß oft Zufälligkeiten eine große Rolle spielen, ob ein Fall nach Ansicht des Staatsanwalts, des Gnadenwalters oder des Strafanstaltsvorstandes unter den Erlass vom 2. Oktober fällt, sowie die Art und Weise, nach der die Liste von den Unterbeamten aufgenommen wird. Deshalb wird es Sache aller unmittelbar Betroffenen sein, daß sie

sich auch selber rühren

und bei der zuständigen Staatsanwaltschaft oder beim Amtsgericht ihre Aufnahme in die „Hindenburg-Liste“ zur Begnadigung beantragen. Ist das erfolglos geblieben, so steht der Weg unmittelbar an das preußische Justizministerium offen, außerdemfalls auch das Recht zur Eingabe an den Preussischen Landtag.

Da der Erlass ausdrücklich Einzelbegnadigungen „über den gewöhnlichen Rahmen hinaus“ versteht, so läßt sich immerhin damit rechnen, daß Geldstrafen ermäßigt oder erlassen, sowie Freiheitsstrafen bis etwa zu einem Jahr, in besonderen Fällen auch darüber hinaus, zwar nicht erlassen, aber doch mit einer Bewährungsfrist ausgesetzt werden. Dazu gehören auch Strafrechte in gleicher Höhe. Dabei darf es sich freilich nicht um Personen handeln, die dem gewerbs- oder gewohnheitsmäßigen Verbrechen angehören oder aus Rohheit, Gewinnsucht oder einem sonstigen niedrigen Beweggrund die Tat begangen haben.

Bereits im gegenwärtigen Zeitpunkt sind etwa 500 Gnadenereise in Preußen bearbeitet und befürwortet worden. Sie werden in den nächsten Tagen gewährt werden. Die Folge dieses großen preussischen Gnadenereises wird sein, daß durch diesen Erlass die Nachwirkungen vieler aus unverschuldeter Not gebotener Handlungen oder von Straftaten, die dem Leichtsinne der Jugend oder der Unerfahrenheit der Täter ihre Entstehung verdanken, beseitigt oder gemildert werden.

Giftgas?

Im Zusammenhang mit einem Betriebsunfall bei der I. G. Farbenindustrie, Abteilung Offenbach, behauptet die „Rote Fahne“, daß in den Betrieben der I. G. Farbenindustrie Giftgas für Kriegszwecke hergestellt werde. Tatsächlich ruft die Berliner „Fremde“ aus:

„Jetzt ist kein Ableugnen mehr möglich! Der wahnwitzige Gaskrieg, ein unbeschreiblich grauenhaftes Verbrechen, wird in der deutschen Rüstungsindustrie vorbereitet. Der republikanische Imperialismus rüstet zum Kriege an der Seite der Imperialisten gegen Sowjetrußland.“

Sachte, Sachte! Hat die „Rote Fahne“ ganz jene Giftgasfabrik in Troz (Sibirien) vergessen, die sich die Sowjetregierung vor zwei Jahren von einer deutschen Firma, von deutschen Ingenieuren und aus finanziellen Mitteln der berühmten „Gesu“ bzw. des „Wito“ errichten ließ? Hat die „Rote Fahne“ schon wieder vergessen, von welcher Stelle die Gesu- und Wito-gas herkommen? Falls ja, so wollen wir ihr gerne die entsprechenden Abschnitte aus den Landtagsverhandlungen des vergangenen Jahres einschl. der verlegenen Eingeländnisse des kommunistischen Parteiführers Piech von neuem zitieren. Barum also die Krokodilstränen über das „unbeschreiblich grauenhafte Verbrechen“, wobei die Behauptung, daß die Gasfabrikation gegen Sowjetrußland ginge?

Die „Rote Fahne“ hat eben ihre eigene Methode, die Tatsachen zu behandeln. Gegenüber unbequemen stellt sie sich tot, bequeme erfindet sie. So bringt sie einen ganzen Heerhaufen über eine angebliche Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes, die sie sich selber zusammenphantasiert hat. Da sieht man immer wieder vor demselben Rästel: Gibt es wirklich Menschen, die diesen kindischen Blödsinn ernst nehmen?

Aufwertungsrecht und Geschäftsliteratur.

Man schreibt uns:

Daß mit der Aufwertungsfrage viele geschäftliche und persönliche Interessen verbunden werden, ist längst bekannt. Der preussische Staatssekretär a. D. Dr. Oscar Mügel, natürlich Wiell. Geh. Rat, scheint jedoch mit seinem Verlog auf diesem Gebiete jeden Retor zu schlagen. Er gibt unter dem Titel „Das gesamte Aufwertungsrecht“ ein „nur“ 832 Seiten starkes Buch heraus und läßt sich dafür bis 31. Oktober d. J. 40 M., ab 1. November 45 M. bezahlen. Als erster Mitarbeiter ist genannt der Landgerichtsdirektor Dr. H. Wunderlich, volksparteiliches Mitglied des Reichstages, dann folgt eine systematische Darstellung der Aufwertung und schließlich die Durchführungsvorrichtungen und die Kommentare.

Natürlich müssen sich alle Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden, ebenso viele Rechtsanwälte usw. das Buch beschaffen, da sie in der einschlägigen Gesetzgebung die Ausführenden und Auslegenden sind und es sich um eine verwickelte Rechtsmaterie handelt. Das nennt man Geschäft! Es ist deshalb auch gar nicht verwunderlich, daß der Berliner Verlag Otto Liebmann stolz auf das Titelblatt seinen Preis: 21.—27. Tausend, 3. Auflage. Nehmen wir den hohen Preis von 40 und 45 M., dann ergibt sich ein enormer Verdienst des Herrn Staatssekretärs a. D.

Man muß deshalb fragen: Ist die Aufwertung, an welche sich so viele arme und unermögende Leute heute klammern müssen, auch dazu noch da, daß pensionierte Staatsbeamte sich durch sie gehörig bereichern? Oder sollte nicht das Reich und der Reichstag für die zur Anwendung des Gesetzes notwendige Literatur selbst Sorge tragen, zumal schließlich die Steuerzahler und die Aufwertungs-geschädigten die unnötigen Mehrkosten solcher privaten Sondergewinne zu tragen haben?

Was ist mit Dörr?

Eine rätselhafte Angelegenheit.

Bei der Berufungsverhandlung, die heute vor der Strafkammer Charlottenburg in der Angelegenheit des kommunistischen Landtagsabgeordneten und ehemaligen Stadtverordneten Dörr stattfand, gab es eine Ueberraschung: Dörr war nicht erschienen! Als der Staatsanwalt daraufhin die Verurteilung der Berufung des Angeklagten und Eintritt in die Verhandlung, soweit die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt hatte, versanng, kam eine neue Sensation: Die Frau des Angeklagten sagte nämlich aus, daß Dörr seit Juli dieses Jahres sich zu Hause überhaupt nicht habe blicken lassen. Er täne somit von dem Termin keine Kenntnis haben. Sie wisse nicht, wo er sei, er müsse sich in einem Zustand geistiger Verwirrung befinden, auf Berlinisch: meschugge sein! Das Verdict vertagte darauf die Verhandlung.

Es handelt sich, wie man sich erinnert, darum, daß Dörr 1000 M. der „Roten Hilfe“ für sich behalten haben soll.

Die Angelegenheit ist ziemlich rätselhaft, und verwundert fragt man: Was ist mit Dörr?

Schlichtungsverhandlungen im Brauerstreik

Heute Abend erste Aussprache.

Wie wir erfahren, hat der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses von sich aus die Parteien im Brauerstreik zu heute Abend zu einer Aussprache geladen. Es kann sich bei dieser ersten Besprechung zunächst nur um eine Aussprache informativen Charakters handeln. Bei dem gegenwärtigen Stand des Kampfes ist ein Einigungsversuch auch aussichtslos. Die Unternehmer bemühen sich krampfhaft, ihre Betriebe wenigstens teilweise durch Streikbrecher in Gang zu halten. Die Brauer verharren geschlossen im Streik und warten den Zeitpunkt ab, an dem die Unternehmer zur Einsicht kommen werden.

Die Brauereien wollen noch wie vor die Unterhaltung der Licht- und Eismaschinen als „Notstandsarbeiten“ gewertet wissen, damit der „Notstand“, der ihnen durch den Streik erwachsen ist, möglichst behoben werden kann. Der Eintrag der Technischen Nothilfe wird außerdem mit der Begründung gefordert, daß die halbfertige Ware und die Rohstoffe dem Verderben ausgeliefert würden, wenn die Eismaschinen nicht in Betrieb kämen.

Noch immer — so klagen die Herren — hat der Polizeipräsident über die Forderung auf Einsetzung der Technischen Nothilfe nicht entschieden. Die Unternehmer wollen deshalb von sich aus durch Einstellung von — freiwilligen Hilfskräften, das heißt von Streikbrechern, ihre Eismaschinen in Gang bringen. Ihren Rotbetrieb zur Abholung von Bier, worüber sie mit den Vertretern der Gastwirte verhandelt haben, wollen die Brauereiunternehmer erweitern.

Die Arbeiterkassette Berlins hat bis jetzt zu dem Streik noch keine Stellung genommen, in der Erwartung, daß es zwischen den Vertretern der Brauereien und den Vertretern der Streikenden, sei es direkt oder indirekt, zu Verhandlungen kommen wird, um den Streik beizulegen. Die Brauereiarbeiter streiten nicht um zu streiken und die Brauereien zu schädigen oder gar — wie von deren Seite aus ziemlich deutlich angedeutet wurde — um die Gast- und Schankwirte zu schädigen. Der Streik geht um die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Eine gewisse Erweiterung der bereits gemachten Zugeständnisse — und es kommt un schwer zur Verständigung.

So fest entschlossen die Brauereiarbeiter auch sind, den aufgenommenen Kampf bis zum Erfolg weiterzuführen, so sind sie doch nicht übermütig, um ein annehmbares Angebot auszuschlagen. Eine Einigung ist wie gesagt leicht möglich, wenn sie von beiden Seiten gewollt wird.

An die Angestellten der Brauereien!

Die Berliner Brauereiarbeiter führen gegenwärtig einen schweren Lohnkampf. Selbstverständliche Pflicht jedes im Berliner Brauereigewerbe tätigen Arbeitnehmers ist es, alles zu tun, um den Kampf zu einem Erfolge zu führen, und alles zu vermeiden, was den Kampf erschweren und beeinträchtigen könnte. Insbesondere darf kein kaufmännischer und technischer Angestellter, kein Werkmeister irgendwelche Streikarbeit verrichten. Der Streikarbeit im gegenwärtigen Kampfe der Brauereiarbeiter leistet, läßt sich schamhaftigen Verrat an seinen Arbeitskollegen.

In jedem Kampfe, den die Berliner Angestellten, gleichviel in welcher Gruppe, geführt haben, sind sie durch die organisierte Arbeiterkassette dadurch unterstützt worden, daß diese direkt oder indirekt Leistung von Streikarbeit ablehnt. Genau so muß jeder Klassenbewußte Angestellte handeln, der Ehr- und Solidariätsgesühl hat. Der Begriff „Solidarität“ darf kein bloßes Aushängeschild sein. In Zeiten des Kampfes muß sich die Solidarität praktisch erweisen.

Wir erwarten, daß alle Angestellten in den Berliner Brauereien im Sinne dieses Aufrufes handeln, jede Streikarbeit ablehnen und sich als Kollegen berechnen, die durch ihr Verhalten in diesem Kampfe das Ansehen der Angestelltenverbände und die Zusammenarbeit mit den Arbeitergewerkschaften nicht beeinträchtigen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsstelle Berlin.

Flatau.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin.

Gottsurcht.

Deutscher Werkmeisterverband, Bezirk 10.

Rothe.

Bund der technischen Angestellten u. Beamten, Ortsverwaltung Berlin.

Günther.

Magistrat gegen Stadtverordnete.

Die zwischentarifliche Lohnerhöhung abgelehnt.

Wie erinnerlich, hat die Stadtverordnetenversammlung aus Rücksicht auf die fortschreitende Teuerung entsprechend einem Antrage des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter einstimmig beschlossen, die Löhne der Gemeindearbeiter um 10 Pf. die Stunde zu erhöhen.

Zu diesem Beschlusse nahm der Magistrat gestern Abend Stellung. Er ist dem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung nicht beigetreten. Der Magistrat hat sich damit begnügt, den Beschlusse abzulehnen, ohne selbst andere Vorschläge zu machen.

Es liegt also ein Konflikt zwischen Stadtverordnetenversammlung und Magistrat vor. Es ist nicht anzunehmen, daß die Stadtverordnetenversammlung diese Ablehnung ruhig einstellt. Es dürfte darüber zu Auseinandersetzungen kommen. Auch der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband wird sich zweifellos damit nicht abfinden, doch dürfte er, da ein einstimmiger Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung vorliegt, abwarten, wie sich diese zu dem Beschlusse des Magistrats verhält.

Die Bedeutung des Schlichtungswesens.

Eine Lehre aus der Straßenbahnerbewegung.

Es ist natürlich ein aussichtsloses Beginnen, den Analphabeten der KPD. das Abc. des Gewerkschaftskampfes beibringen zu wollen. Nicht gerade deshalb, weil die Kommunisten begriffstief sind. Wie schnell ein überrevolutionärer Kommunist umlernen und sich in einen Gelben verwandeln kann, dafür gibt es Beispiele. Wie schnell man in der KPD. vom Führer zum Sozialverräter wird und umgekehrt, auch dafür gibt es Beispiele in Menge. Aussichtslos ist jeder Belehrungsversuch vor allem deshalb, weil die Handlanger Moskaus nichts lernen dürfen. Sie sind nur ausführende Organe, haben zu gehorchen, und ihre ausschließliche Aufgabe besteht in der Bekämpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei.

Aus Anlaß der Straßenbahnerbewegung bemühen sich nun diese Handlanger Moskaus, „theoretische“ Auseinandersetzungen über das Streikrecht vom Stapel zu lassen und über den „Bankrott“ des Schlichtungswesens. Dazu sei grundsätzlich bemerkt:

Das Schlichtungsverfahren kann keine Gewerkschaft ersetzen. Es hat keinen freien Gewerkschafter gegeben und es gibt keinen, der jemals die Auffassung vertreten hätte, als wäre das Schlichtungswesen irgendwie identisch mit einem gewerkschaftlichen Kampfmittel. Praktisch liegen die Dinge so, daß durch das Schlichtungswesen und durch einen Schiedsspruch unter Umständen die Arbeiterforderungen festgesetzt werden, die sonst nur durch einen mehr oder weniger langen Kampf erreicht werden können. Ein Schiedsspruch kann also den Arbeitern wie den Unternehmern einen Kampf ersparen, ohne in Wirklichkeit auf die Dauer bessere oder schlechtere Arbeitsbedingungen festsetzen zu können, als es dem gegenseitigen Kräfteverhältnis und der wirtschaftlichen Konjunktur entspricht.

Wäre dem anders, dann würde ja in Sowjetrußland wirklich das Paradies bestehen, von dem die Kommunisten immer reden. Dann würde in Sowjetrußland die Arbeiterkassette nicht unter Lohn- und Arbeitsbedingungen arbeiten müssen, die noch schlechter sind als die im kapitalistischen Deutschland. Der Wert des Schlichtungswesens besteht einzig und allein darin, daß opferreiche Kämpfe unter Umständen vermieden werden können.

Warum ist nun der Straßenbahnerkonflikt nur mit einem teilweisen Erfolg ausgegangen? Warum haben die Funktionäre der Straßenbahner — und nicht nur die sozialdemokratischen Funktionäre — es nicht gewagt, die Durchführung des Streiks zu übernehmen, die ihnen von der Organisationsleitung freigestellt worden war?

Ganz einfach deshalb nicht, weil das Kräfteverhältnis den Straßenbahner nicht gerade sehr günstig war. Bierzig Prozent der Straßenbahner sind gegenwärtig erst freigewerkschaftlich organisiert. Die Straßenbahner unter diesen Umständen in einen Streik hineinführen, bedeutete, sie in eine Niederlage hineinführen. Das hat der kommunistische Obmann des Betriebsrats der Straßenbahner sehr wohl eingesehen, und deshalb hat er es abgelehnt, die Verantwortung für den Streik zu übernehmen.

Deshalb ist er auch ohne Ausschlußverfahren, ohne die Möglichkeit zu haben, sich zu verteidigen, aus der KPD. hinausgeworfen. Die KPD. ist dazu da, die Arbeiter in Niederlagen hineinzuführen. Wer sich dieser Taktik nicht fügt, der fliegt.

Wären die Straßenbahner statt zu 40 Prozent zu 80 Prozent organisiert, dann würde die Direktion der Straßenbahn von vornherein andere Saiten aufgezogen haben. Dann würde auch der Schiedsspruch anders ausgefallen sein. Dann wäre auch die Möglichkeit gegeben gewesen, im Falle eines unbefriedigenden Schieds-

spruches selbst nach einer Verbindlichkeitsklärung einen Streik durch die Betriebsvertretung zu führen.

Nicht wir also, nicht die sogenannte reformistische Gewerkschaftsbureaufkratte bewertet das Schlichtungswesen höher als es ihm zukommt, sondern die KPD. tut so, als wäre das Schlichtungswesen eine Art Mittelmittel. Das ist es nicht und kann es nicht sein. Dafür ist gerade Sowjetrußland mit seinem obligatorischen Schlichtungswesen ein schlagendes Beispiel.

Reichstagung der Berufsfeuerwehrlente.

Zweiter Verhandlungstag.

Halle, 6. Oktober. (Eigenbericht.)

Der zweite Tag der Reichsbevollmächtigtenkonferenz des BDB. wurde am Vormittag ausschließlich der Behandlung von Besoldungsfragen gewidmet. Zuerst referierte der 2. Verbandsvorsitzende Henn-Berlin über die Neuregelung der Beamtenbesoldung.

Er stellte einleitend fest, daß keine Rede davon sein kann, daß die Städte nach Aufhebung des Besoldungssperregesetzes ihre Feuerwehrbeamten besser bezahlt hätten. Nur dort, wo die Wiederherstellung früherer Besoldungsverhältnisse und die Anpassung der Besoldung der Feuerwehrleute an die in Preußen erfolgte Verbesserung notwendig war, sei die Besoldung beibehalten, und zwar bei insgesamt 15 Berufsfeuerwehren. Die Neuregelung bringt bei weitem nicht das, was die Beamten nach der Magdeburger Rede des Reichsfinanzministers erwarten durften. Hierauf verbreitete sich der Referent über die Forderungen der Organisation.

In der Debatte schilderten verschiedene Redner die Schwierigkeiten, die bei den Verhandlungen mit den einzelnen Länderregierungen zu überwinden gewesen seien. Betont wurde übereinstimmend, daß sich die Regierungen auffallend bemühten, die Öffentlichkeit über ihre wirklichen Absichten im Dunkeln zu lassen. Müller vom BDB. stellte fest, daß der Minister so getan habe, als bringe die neue Gehaltserhöhung vornehmlich für die niederen Beamten größere Vorteile, während die höheren weit schlechter ausgingen. Durch Jonglierung mit verschiedenen gestalteten Prozentsätzen sei dieser Eindruck erregt worden. In Wirklichkeit zeigen die realen Zahlen, daß die scheinbar geringere Erhöhung bei den oberen Gruppen oft mehr ausmache, als das Gesamteinkommen niedriger Beamter. Feierabend-Berlin kam nach eingehenden Ausführungen zu dem Resultat, daß die neue Besoldungsordnung in Wirklichkeit nur bei schlechteren mit sich bringt. Er stellt die Forderung auf, daß angelehnt dessen wenigstens die Gemeinden die bisher geltende B.D. beibehalten. Danach wurde beschlossen, zur Eingruppierung des Feuerwehrpersonals bei der kommenden Besoldungsreform folgende Forderungen zu stellen:

In die neue Reichsbesoldung sind einzugruppiert:

1. Feuerwehrmänner während der Probefristzeit in Gehaltsgruppe VI;
2. Feuerwehrmänner nach Ablauf der Probefristzeit in Gehaltsgruppe Vb;
3. Brandmeister nach den Richtlinien des BDB. geprüfte Oberfeuerwehrlente in Gehaltsgruppe IVb; desgleichen Feuerwehrmänner und Oberfeuerwehrlente, die nach abgeleiteter Prüfung nach 20 Dienstjahren keine eismäßige höhere Stellung erhalten können;
4. Oberbrandmeister in die Gehaltsgruppe IVa.

In der Nachmittagsstimmung sprach Weilmair-Berlin über Versorgungsanwärter im Feuerwehrberuf. Danach fanden noch einige organisatorische Fragen Behandlung.

Achtung, Kollegen, Werkmeister der Lederindustrie! Große öffentliche Versammlung am Freitag, dem 7. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Alexandertheater“, Alexanderstr. 72a. Referent: Rolf Rottge vom BDB. Der Vorstand.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabenden von 9—3 Uhr und 4—6 Uhr, Sonnabenden von 9—1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Gertner; Revolution: Dr. John Schilowski; Sozial- und Konflikte: Hans Karthaus; Anzeigen: Th. Gies; Schriftlich in Berlin: Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Reichsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Arbeiter und Angestellte Berlins und Umgegend!

Kauft Eure Herren-Bekleidung in wirklich realen und guten Qualitäten in dem bekannten

Monatsgarderoben-Haus

Lothringer Straße 56', am Rosenthaler Platz

Einige Beispiele:

Paletot marengo
gute Qualität
von Mk. 38,- an

Anzüge
blau Twill
pr. von Mk. 48,- an

Ulster
dkt. braun
gem. v. Mk. 32,- an

Anzüge
dunk. gestreift
von Mk. 25,- an

usw.

Außerst günstige Angebote in Sportpelzen staunend billig! von Mk. 78,- an

Gelegenheitskäufe in wenig getragener Garderobe!

Nur prima Maßsachen! — Spezialität: unteretzte und Bauchanzüge

Riesen-Auswahl — Weitesten Weg lohnend.
Bitte auf Straße und Hausnummer 56' achten!

Jedes Stück ein Gelegenheitskauf!

Ischias
in 10-15 Min. lindert die Schmerzen
in 15 Tagen sind die Schmerzen beseitigt.
In 15 Tagen sind die Schmerzen beseitigt.
In 15 Tagen sind die Schmerzen beseitigt.
In 15 Tagen sind die Schmerzen beseitigt.
In 15 Tagen sind die Schmerzen beseitigt.

Ohne Anzahlung
Candyparzellen Lindenberg
bei Ahrensfelde
qm 0,80—1,80 St., monatlich 20,- Abzahl.
verkauft Hein, Berlin, Bölgewstr. 38

Sieben erschien:
ein neues Buch von
Adolph Hoffmann
Amoretten

Giftpflanzen aus dem Irrgarten der Liebe
104 Seiten stark mit farbigen
Titelbild von

Willi Steinert
Von Pädagogen, Aerzten, Juristen
und Presse glänzend beurteilt.
Ein wichtiger Beitrag zu dem
am 1. Oktober in Kraft tretenden
Gesetz zur Bekämpfung der Ge-
schlechtskrankheiten. Preis 1 M.
Zu beziehen vom Verfasser,
Berlin O 17, Koppenstraße 6,
und allen Ausgabestellen des
„Vorwärts“.

TOTAL-AUSVERKAUF

wegen vollständiger Aufgabe des Herrengarderoben-Spezialgeschäftes Gertraudenstraße 24. Das gesamte vorräthige Lager und die im Auftrag befindlichen Waren, noch mehrere tausend Stück, müssen in ganz kurzer Zeit vollständig ausverkauft werden. Es gelangen zum Verkauf mehrere Tausende faste

modernste fertige Herren-Anzüge, Mäntel, Hosen

Die Preise sind rücksichtslos herabgesetzt, zum Teil weit unter Einkaufspreis!

Herren-Winter-Mäntel, blaue und farbige Herren-Jackett-Anzüge, Tanz-, Smoking-, Frack-Anzüge, gestreifte Herren-Kammgarnhosen, Konfirmanten-Anzüge, Jünglings- u. Knaben-Anzüge u. Mäntel
Benutzen Sie diese beispiellos günstige Gelegenheit
zum Einkauf Ihres Herbst- und Winterbedarfs. — Kommen Sie möglichst vormittags

Herrenbekleidung Gertraudenstr. 24

gegenüber der Petrikirche